

Friedliche Revolution und deutsche Einheit in Sachsen - Akteure zwischen Konfrontation und Konzession

Ringvorlesung an der Technischen Universität Chemnitz

Bernd Albani

VOM UNTERTAN ZUM BÜRGER (*Auszüge*)

Leben im vormundschaftlichen Staat – persönliche Anmerkungen zum Thema

„Akteure zwischen Konfrontation und Konzession“ – so ist das Thema dieser Ringvorlesung in der Unterüberschrift präzisiert. Zwischen Konfrontation und Konzession – es begann viel vorsichtiger. Es gab ja nur ganz vereinzelt „Widerstand“ gegen das SED-Regime. Es gab – weit verbreitet – Murren. Der murrende Untertan kann geradezu für das Urbild des DDR-Bürgers stehen. Und es gab die vielfältigsten Formen von Widersetzlichkeit. Sich dem Verfügungsanspruch von Vater Staat und Mutter Partei widersetzen, um die eigene Würde zu verteidigen, die Selbstachtung nicht völlig preiszugeben. Als DDR-Bürger kamst du ständig in Situationen, in denen du eine moralische Entscheidung treffen musstest: Mache ich das mit? Schweige ich hierzu? Stimme ich ein in die Lüge? Also wohl eher ein Weg zwischen Anpassung und Verweigerung. Und in vielen Fällen ein Zickzack-Weg, ein Auf und Ab, ein Vor und Zurück. „Klug wie die Schlangen und ohne Falsch, wie die Tauben...“ sollten wir sein, hatte unser Pfarrer uns geraten – na ja...

Zwei persönliche Beispiele:

Ich wollte nicht in die Pioniere. Die meisten Klassenkameraden in der 63. Grundschule in Dresden-Blasewitz trugen das blaue Halstuch. Mutter drängte mich nicht. Dann kam in der 8. Klasse die Ablehnung für die Oberschule. Meine Mutter legte Widerspruch ein. Und zu mir: „Jetzt musst du aber eintreten.“ Ich gehorchte. Am Vorabend des 1. Mai, beim festlichen Appell auf den Elbwiesen banden sie mir das blaue Tuch um. Ich wäre am liebsten im Boden versunken. Genützt hat es nichts. Abitur hab ich später auf der Abendoberschule gemacht. Zwanzig Jahre danach, im Sommer 1978 – da studierte ich in Leipzig Theologie – ging ich mit einem Plakat auf die Straße: „Freiheit für Bahro“. Wir hatten uns in einem privaten Gesprächskreis mit Rudolf Bahros Buch „Die Alternative – zur Kritik des real existierenden Sozialismus“ beschäftigt, das im Jahr zuvor im Westen erschienen war. Seitdem war er in Haft, fast ein Jahr schon, es war nichts mehr von ihm zu hören. So lief ich mit meinem Plakat durch die Leipziger Innenstadt. Am Hauptbahnhof wurde ich verhaftet. Stasi-U-Haft, Isolation, kein Kontakt mit dem Rechtsanwalt. Ich berief mich auf das von der DDR-Verfassung garantierte Recht auf freie Meinungsäußerung. Und begründete meine Sympathie für Bahro damit, dass er von marxistischen Positionen aus die Verhältnisse in der DDR analysiert und kritisiert habe – und das dürfte ja wohl nicht strafbar sein. Zehn Tage später wurde mir das ND gereicht, in dem zu lesen war, dass Rudolf Bahro wegen „landesverräterischer Sammlung von Nachrichten“ und „Geheimnisverrats“ zu acht Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde. Süffisant lächelnd fragte mich der Vernehmer, ob ich immer noch der Meinung sei, Bahro wäre unschuldig? Oder ob ich etwa der DDR-Justiz ein Unrechtsurteil unterstellen wolle? Zähneknirschend schrieb ich eine Erklärung, in der ich mich von Rudolf Bahro distanzierte. Noch heute schäme ich mich dafür. Entscheidend dafür, dass ich mit sechs Wochen Haft davon kam, war die Intervention von Kirchenvertretern, wohl kaum mein Kotau vor der Macht.

Der Weg vom murrenden Untertan zum aufbegehrenden Bürger war lang, verbunden mit schmerzhaften Niederlagen und peinlichen Rückzügen.

Wo komme ich her – biografische Notizen

Geboren 1944 in Dresden, hab ich ein Jahr später im Luftschuttkeller meiner Mutter die Ohren vollgeschrieen während die Bomben fielen. Ich lebte im Osten, in der SBZ, später DDR und war geistig zuhause im Westen. Abends mit Mutter und Großmutter vor dem Rundfunkempfänger sitzend, RIAS Berlin hörend, die „freie Stimme der freien Welt“, oder den Londoner Rundfunk. Dabei war meine Mutter noch im Jahr 1945 – unmittelbar nach dem Ende des Krieges – Mitglied der KPD geworden. Die Entwicklung verlief anders als von ihr und vielen Antifaschisten erhofft. Bald machte sie die Bekanntschaft des stalinistischen Repressionsapparates. Ihr Lebensgefährte verschwand 1951 in einem Lager in Sibirien und kehrte nie zurück. Dennoch wagte sie nicht den Schritt, aus der SED auszutreten.

So lernte ich beizeiten in der Spannung zu leben zwischen Anpassung an die Zwänge des Systems und Verweigerung gegenüber seinem absoluten Verfügungsanspruch.

Die Welt war zweigeteilt: Hier – im Osten – Gewissenszwang, Unfreiheit, Diktatur, Mangel... Dort – im Westen – Meinungsfreiheit, politischer Pluralismus, Demokratie, Wohlstand... Und ich lebte hier und mein geistiges Zuhause war dort...

In diesem Zwiespalt: einerseits politisch zuhause zu sein im Westen, andererseits mich arrangieren zu müssen in den Verhältnissen, fand ich seelischen Halt, geistliche Heimat in der Jungen Gemeinde, später in der Evangelischen Studentengemeinde Dresden. Hier war ein geistiger Freiraum, hier lernte ich argumentieren, hier wurde um Wahrheit gerungen. Hier wurden Gewissen geschärft und Grundlagen gelegt für eine Ethik des Widerstehens gegenüber ideologischer Vereinnahmung und Gewissenszwang. Der Marxismus, der uns im Gewand ideologischer Dogmen und politischen Terrors (zumindest Zwanges) begegnete, schien uns ein für allemal diskreditiert, untauglich, für das Verständnis der Welt hilfreiche Muster abzugeben.

Dann kam das Jahr 1968. Der Prager Frühling. Dubček. Von „demokratischem Sozialismus“ war die Rede, von einem „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“. Die Tschechen und Slowaken riskierten den Konflikt mit dem „großen Bruder“ im Osten und dessen treuesten Vasallen im Westen – der DDR. Von der anderen Seite im Mai die Bilder von der Jugendrevolte aus Paris. Von den Studentenprotesten in West-Berlin. Junge Frauen und Männer aufbegehrend gegen den anderen, den demokratisch konstituierten Staat, gegen **seine** Zwänge, gegen **seine** Lügen. Sie setzten in die Tat um, wovon wir nur träumten, sie wagten den Konflikt mit der Macht. Da war zunächst einmal – unabhängig von den politischen Ausgangspositionen – eine starke mentale Übereinstimmung. Da sind Menschen aufgestanden, da sind Menschen, die tun was, die wehren sich. Und – das war das Verblüffende für mich, für viele von uns: die hatten Marx im geistigen Gepäck, die Prager Reformer wie die aufbegehrenden Studenten in Berlin und Paris.

Wir begannen Marx, der uns so hoffnungslos diskreditiert schien, neu zu begreifen oder überhaupt erst einmal unverstellt zur Kenntnis zu nehmen, nicht in den Hörsälen der Universitäten, sondern in der Studentengemeinde und in privaten Zirkeln. Wir begriffen, dass das Instrumentarium marxistischer Gesellschaftsanalyse sich gut zur Kritik des eigenen verknöcherten Systems gebrauchen ließ.

Dann der Schock des Spätsommers: Sowjetische Panzer auf dem Wenzelplatz in Prag. Der Einmarsch militärisch und politisch unterstützt von der DDR-Führung. Der phantasievolle Widerstand des tschechischen und slowakischen Volkes, die Kapitulation der politischen Führung. Der Prager Student Jan Palach geht in den Feuertod. Und ich hatte geschwiegen – wie die meisten Freunde auch. Wut und Erschrecken, Trauer und Scham. Und die Erkenntnis: Ja – ich werde auch weiter meine Kompromisse schließen müssen mit dem System. Aber es muss Grenzen geben. Es gibt Situationen, da musst du den Mund aufreißen, da musst du einfach schreien, wenn du schon sonst nichts weiter tun kannst – um deiner Würde willen, um

dir selbst in die Augen schauen zu können, wenn du in den Spiegel blickst. Die Frage nach den Konsequenzen ist dann nachgeordnet, auch die Frage, was du damit erreichst. So war das Jahr 1968 in zweierlei Hinsicht für mich ein wichtiger Einschnitt in meiner Biographie.

- Zum einen: ein politischer Standortwechsel. Von bürgerlichen zu linken Positionen. Ich gewann erstmals so etwas wie Identität als Bürger der DDR. Und zwar im Protest, im Aufbegehren – in geschütztem Raum zunächst, im Kreise von Gleichgesinnten – gegen ein System, das sich zwar sozialistisch nannte aber mit dem Marx'schen Entwurf einer herrschaftsfreien Gesellschaft nichts gemein hatte. Mit der Beteiligung an der Niederschlagung des Prager Frühlings hatte die politische Führung der DDR den letzten Rest an Glaubwürdigkeit verspielt.
- Zum anderen: ein Schritt in die Mündigkeit. Von nun an fühlte ich mich nicht mehr unter dem Zwang, mich rechtfertigen zu müssen vor dem Über-Vater Staat und der Über-Mutter Partei, vor den Verwaltern der Macht. Umgekehrt: **Sie** hatten sich zu erklären, **sie** waren in Rechtfertigungsnot – und sie hatten schlechte Karten...

Viele Frauen und Männer meiner Generation – die letzten Kriegskinder und die Kinder der ersten Nachkriegsjahre – haben ähnliches erlebt und ähnliche Entwicklungsphasen durchlaufen. Von hier aus lassen sich Linien ziehen zu der Formierung der emanzipatorischen Gruppen, die in den achtziger Jahren zu den Wegbereitern des politischen Aufbruchs wurden. Nur so ist das Nebeneinander von revolutionärem Pathos und politischer Naivität zu verstehen, das viele von uns in den stürmischen Monaten des Herbstes '89 besetzt hielt, auch unser ambivalentes Verhältnis zur deutschen Einheit.

Frühlingserwachen im Erzgebirge

Alle zwei bis drei Jahre waren die DDR-Bürger zu einem Unterwürfigkeitsritual geladen: den Volkskammer- bzw. Kommunalwahlen. Vom Untertan wurde erwartet, dass er den Stimmzettel offen und unverändert zur Urne trägt. Der allergrößte Teil der „Stimmberechtigten“ kam dieser Erwartung nach. Mancher wagte – unter den strafenden Augen der Wahlhelfer – den Gang zur Wahlkabine. Nur wenige verweigerten sich dem Ritual und gingen das Risiko ein, als „politisch unzuverlässig“ abgestempelt zu werden – mit entsprechenden Konsequenzen für die berufliche Karriere.

Im Mai 1989 war manches anders. Bereits Anfang April hatte die sächsische Landessynode eine „Stellungnahme zu den Kommunalwahlen 1989“ beschlossen, in der erstmals Kritik am Wahlverfahren geäußert und erklärt wurde: „Für uns als Christen wird es darauf ankommen, wahrhaftig zu sein und verantwortlich zu entscheiden. Das kann darin bestehen, an der Wahl teilzunehmen und die Kabine aufzusuchen oder von der Wahl fernzubleiben... Das Wahlgesetz gibt jedem das Recht, an der Auszählung der Stimmen teilzunehmen.“

Als ich nach dem Gottesdienst in unserem Erzgebirgsstädtchen das Wahllokal betrat, traute ich meinen Augen nicht: Vor der Wahlkabine standen die Frauensteiner Bürger Schlange. Unter den Basisgruppen war DDR-weit verabredet worden, die Auszählung der Stimmen zu kontrollieren. Mitglieder des „Arbeitskreises Frieden/Umwelt in der Region Frauenstein“ waren in allen sechs Wahllokalen unseres Wahlkreises präsent. Bei 2201 abgegebenen Stimmen zur Wahl des Kreistages Brand-Erbisdorf notierten wir 119 Gegenstimmen. Das entsprach einer Quote von 5,4 %. Im offiziellen Endergebnis für den gesamten Kreis gab es bei 26 095 abgegebenen Stimmen nur 321 Gegenstimmen (1,2 %). Auch wenn die Ergebnisse der einzelnen Wahlkreise nicht veröffentlicht wurden, war der Betrug offensichtlich. In einem Schreiben an die Kreiswahlkommission ersuchten Pfarrer der Region um ein klärendes Gespräch. Eine Antwort erhielten wir nicht. Die von uns ermittelten Ergebnisse wurden in den Kirchen ausgehängt. Das Wort „Wahlbetrug“ war nun in aller Munde.

Zwei Wochen später trat der Berliner Arzt und Liedermacher Karl-Heinz Bomberg mit seinem Programm „Immer noch“ in der Frauensteiner Kirche auf. Von dem „Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises für Inneres“ war ich aufgefordert worden, dieses Konzert anzumelden, da es sich um keine „religiöse Veranstaltung“ handle. Ich wies dieses Ansinnen mit der Begründung zurück, dass wir uns von staatlicher Seite bezüglich der Einschätzung des „religiösen Charakters“ einer Veranstaltung keine Vorschriften machen lassen. Das gut besuchte Konzert fand am 20. Mai in einer ausgesprochen heiteren Atmosphäre statt. Ich erhielt daraufhin eine Ordnungsstrafverfügung über eintausend Mark. Der damalige Kirchenamtsrat und spätere sächsische Justizminister Steffen Heitmann legte mehrfach Beschwerde ein, es sollte jedoch noch bis zum 27. Dezember dauern, dass der Chef der Bezirksbehörde der Volkspolizei Karl-Marx-Stadt Müller mir die Aufhebung der Ordnungsstrafe mitteilte und immerhin den Satz anfügte: „Ich bitte Sie, meine Entschuldigung entgegenzunehmen.“ Bei manchem brauchte es zum Frühlingserwachen noch den Herbst.

Herbst 1989 – Ankunft und Abschied

Aus meinen ersten Tagen im Prenzlauer Berg Ende September 1989 ist mir ein Bild noch deutlich vor Augen: Wir drei Gethsemanepfarrer auf dem Weg zum Rat des Stadtbezirkes. Genosse Wiesecke, der Stellvertreter für Inneres des Stadtbezirksbürgermeisters, hatte uns zu sich zitiert. Es ging um Fürbittandachten in unserer Kirche. Fürbittandachten für Bürgerrechtler, die vorwiegend in Leipzig bei Protestaktionen festgenommen worden waren. Er – Wiesecke – würde uns wieder vorhalten, dass das nicht Aufgabe der Kirche sei. Er würde drohen, dass die staatlichen Organe das nicht dulden würden, und so fort... Und wie wir so auf dem Weg waren, durch die Stargarder Straße, da ging es mir so durch den Kopf: „Die sind doch bescheuert. Die sehen doch, was los ist in unserem Land. Die müssten uns doch als Verbündete betrachten. Wir wollen doch nur einen besseren Sozialismus, eine DDR, in der man gern lebt.“ Und dachte auch noch: „Wenn die Stimmung umschlägt und der rechte Mob (es gab ja eine Skinhead-Szene in der DDR) die Straße beherrscht, dann hängen wir nebeneinander an den Laternen, du, Genosse Wiesecke und wir Pfarrer von Gethsemane und die Leute der „Kirche von Unten“...“ Aber zugleich wusste ich aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre, dass Leute wie Wiesecke nicht dialogfähig waren, ja dass sie besonders allergisch auf eine Opposition reagierten, die nicht pro-westlich war. Die war für sie noch schlimmer als der Klassenfeind.

So schwieg ich, wir hörten uns seine Vorhaltungen an und erklärten lediglich, dass wir uns von ihm nicht vorschreiben lassen, wofür unsere Kirche da zu sein hat und wofür nicht. Ja, ich hielt auch damals noch das DDR-System für reformierbar. Und ich hatte Angst vor Gewalt. Vor Gewalt von Seiten der Machthaber – die Schreckensnachrichten vom Platz des Himmlischen Friedens hatten sich uns eingebrannt –, aber auch davor, dass Hass und Wut sich auf der Straße in Racheakten entladen könnten.

Zwei Wochen später hatte vor und in der Gethsemanekirche die Mahnwache begonnen. Tag und Nacht standen Frauen und Männer mit Kerzen vor der Kirche, über deren Portal weithin sichtbar das Plakat hing: „Wachet und betet – Mahnwache und Fürbitte für die zu Unrecht Inhaftierten“. Und weiter oben am Turm: „Fastenaktion – ein konkretes Angebot“. Die Kirche war Tag und Nacht geöffnet, neben dem Altar hatten die Teilnehmer der Fastenaktion ihr Matratzenlager aufgeschlagen, Abend für Abend bei den Fürbitt- und Informationsandachten drängten sich zwei- bis dreitausend Menschen im Kirchenschiff und auf den Emporen. Am 4. Oktober kamen Freunde zu uns aus Frauenstein, zwei von ihnen, um Abschied zu nehmen, sie wollten nur noch weg, über die ČSSR oder Ungarn in den Westen. In Dresden am Hauptbahnhof – hier fuhren die Züge durch mit den Botschaftsflüchtlingen aus Prag – lieferten sich Polizei und Ausreisewillige derweil regelrechte Straßenschlachten.

Meine kurze Predigt zur Fürbittandacht am 5. Oktober schloss ich mit den Worten: „Wir wollen nicht die Macht. Wir wollen, dass Macht besser geteilt und kontrolliert wird. Denn nur geteilte Macht ist gute Macht.“ Danach sprach mich ein Freund an: „Warum sagst du, wir wollen nicht die Macht? Wir müssen die Macht doch wollen...“

Hier wird das Dilemma sichtbar, in dem sich viele von uns befanden: Wir waren angekommen in einer revolutionären Situation, die nach einem Machtwechsel geradezu schrie, und hatten noch längst nicht Abschied genommen von der Illusion, im Dialog mit den Verwaltern der Macht Reformen durchsetzen zu können.

(Auszüge aus der überarbeiteten Fassung des Manuskriptes für das am 26.1.2010 gehaltene Referat.)